

Das Scheitern der Regierung unter Wilhelm Cuno

Wie bereits deutlich wurde, herrschten in der Weimarer Republik äußerst instabile parlamentarische Verhältnisse, was man an zu häufigen Wahlen, zu vielen Regierungen und unklaren Mehrheiten erkennen kann. Im Folgenden sollen nun die Regierung der Koalition zwischen Zentrumspartei, DDP (Deutsche Demokratische Partei) sowie DVP (Deutsche Volkspartei) unter Reichskanzler Wilhelm Cuno (parteilos) beleuchtet werden sowie der historische Kontext ihres Scheiterns.

Am 14. November 1922 wurde der 46jährige Cuno vom Reichspräsidenten Friedrich Ebert zum 6. Reichskanzler der Weimarer Republik ernannt. Da dieser Schritt ohne parlamentarische Absprache oder Wahl erfolgte, nennt man Cuno auch den ersten Präsidialkanzler (→ vom Reichspräsidenten ernannt).

Wilhelm Cuno, der dem Zentrum bzw. der DVP nahe steht, verfolgt in der Reparationsfrage den gemäßigten Kurs seines Vorgängers Wirth. Dieser suchte bei den Alliierten ein weiteres Moratorium (=Aufschub/ Verzögerung) in den Reparationszahlungen nach. Denn die Weimarer Republik war durch den Versailler Vertrag (1919) verpflichtet, Kriegsreparationen an die Siegermächte zu leisten. Besonders Frankreich bestand auf einer kompromisslosen Erfüllung der Bestimmungen des Versailler Vertrages. Doch aufgrund von Verzögerungen der Lieferungen rückte mehrfach französisches Militär in unbesetztes Gebiet ein und am 08. März 1921 besetzten französische und belgische Truppen Duisburg und Düsseldorf. Mit dieser Besetzung sollte eine Basis für eine mögliche Besetzung des gesamten Ruhrgebiets geschaffen werden.

Da das Deutsche Reich immer größere wirtschaftliche Probleme hatte, verzichteten die Alliierten 1922 auf Reparationszahlungen in Form von Geld und forderten stattdessen Stahl, Kohle und Holz. Doch weil die Weimarer Republik mit den Reparationslieferungen im Rückstand war und die Reparationskommission behauptete, dies würde absichtlich geschehen, nahmen sie dies als Anlass zum Einmarsch in das Ruhrgebiet. Zwischen dem 11. und dem 16. Januar 1923 besetzen belgische und französische Truppen in einer Stärke von anfangs 60.000, später dann 100.000 Mann das Ruhrgebiet. Sie sollten die dortige Kohle- und Koksproduktion als „Pfand“ zur Erfüllung der Reparationsverpflichtungen sichern.

Die Besetzung löste in der Weimarer Republik große Empörung aus. Reichskanzler Wilhelm Cuno rief deshalb die Bevölkerung zum passiven Widerstand aus. Es wurden keine Reparationen mehr gezahlt und Industrie, Verwaltung und Verkehr wurden mit Generalstreiks lahmgelegt. Betrieben und Behörden leisteten teilweise den Anordnungen der Besatzer nicht mehr Folge.

Frankreich reagierte darauf mit 150.000 verhängten Strafen. Inzwischen begingen ehemalige Freikorpsmitglieder Sabotageakte und Anschläge gegen die Besatzungstruppen und die Situation eskalierte. Am Ende forderte der passive Widerstand 137 Tote.

Während des passiven Widerstands wurden die Löhne von ca. 2 Millionen Arbeitern des Ruhrgebietes vom Staat übernommen. Zu diesem Zweck wurde mehr Geld gedruckt. Dieser Zustand konnte auf längere Sicht nicht gut gehen, da sich die Wirtschaftskrise verstärkte und die Inflation den deutschen Haushalt belastete.

Die Regierung unter Cuno scheiterte also nach nur 8 Monaten und 22 Tagen, da Cunos Versuch, die Besetzung im Ruhrgebiet durch passiven Widerstand zu bekämpfen, scheiterte (→ Staatshaushalt war durch Ruhrbesetzung überfordert). Außerdem nahm die Inflation ein noch nicht bekanntes Ausmaß an. Aus diesen Gründen forderte die Reichsmehrheit ein neues Kabinett und Wilhelm Cuno und sein Kabinett traten am 12. August 1923 zurück.